Deutscher Bundestag
12. Wahlperiode

Drucksache 12/2084

13. 02. 92

Antrag

der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste

Stiftung für die Opfer ausländerfeindlicher Übergriffe

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine Stiftung zu initiieren, die es sich zur Aufgabe macht, Ausländer und Ausländerinnen, die Opfer fremdenfeindlicher Übergriffe geworden sind, materiell zu entschädigen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, über eine Anschubfinanzierung und die notwendige materielle Ausstattung den Aufbau einer solchen Stiftung unter Federführung der Ausländerbeauftragten und Vertreterinnen und Vertreter von Menschenrechtsorganisationen in die Wege zu leiten.

Weiter soll die Stiftung Menschen und deren Angehörige unterstützen,

- die bei fremdenfeindlichen Übergriffen verletzt worden sind,
- die bei fremdenfeindlichen Übergriffen bleibende körperliche und/oder seelische Schäden erlitten haben.

Die Stiftung soll ebenfalls Angehörige von getöteten Menschen unterstützen.

Bonn, den 12. Februar 1992

Ulla Jelpke
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Materielle Schäden, die bei rassistischen Übergriffen auf Autos, Wohnungen und Geschäfte von Ausländern und Ausländerinnen entstehen und für die Versicherungen z. B. unter Berufung auf „höhere Gewalt" nicht aufkommen, sollen durch diese einzurichtende Stiftung übernommen werden. Die Folgen von körperlichen und seelischen Verletzungen bei rassistischen Angriffen sind ebenfalls durch die Stiftung finanziell auszugleichen.

Durch die Einrichtung einer derartigen Stiftung würden die Folgen politischer Versäumnisse und Weichenstellungen, die eine rassistische Stimmung in der Bevölkerung entstehen lassen bzw. geschürt haben, in gewisser Weise ausgeglichen werden.

Druck: Thenée Druck, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333